

Ana Garcia

---

## Es gibt Alternativen zur ALCA ALBA und warum der ALCA-Prozess gestoppt wurde

### 1. „Sterbend, aber nicht tot!“ Wo stehen wir in den ALCA-Verhandlungen?

Die Gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) ist nicht, wie seit dem Ministertreffen in Santiago de Chile 1998 vorgesehen, im Jahr 2005 in Kraft getreten. Dieses neoimperialistische Projekt ist auf die bereits 1990 vom damaligen US-amerikanischen Präsident George Bush sen. einberufene „Enterprise for the Americas Initiative“ zurückzuführen, und zielt auf die Bildung einer Freihandelszone von Alaska bis Feuerland mit allen amerikanischen Staaten – mit Ausnahme Kubas – als Mitglieder. Seit 1994 wird über die verschiedenen Themen und Liberalisierungsgegenstände des Freihandelsblocks verhandelt. Als George W. Bush 2000 an die Macht kam, erklärte er die Bildung einer ALCA als Hauptziel seiner Lateinamerika-Politik. Dieser Prozess verläuft jedoch nicht widerstandslos. Ein breites kontinentales Netzwerk, das auf der Zusammenarbeit sozialer Basisorganisationen und Gewerkschaften aus Nord- und Südamerika beruht, formierte sich aus den neuen sozialen Bewegungen in den jeweiligen Ländern. Heute dient es als exemplarische Vernetzung linker Kräfte und eine der bedeutendsten globalisierungskritischen Bündnisse weltweit.

Das ALCA-Projekt ist eine der wichtigsten Ausdrucksformen einer neuen Hegemonialphase der USA – was Arrighi (1993) als „Free Enterprise System“ (im Vergleich zum „Free Trade Imperialism“ der britischen Hegemonialzeit) bezeichnet. Als Freihandelszone soll ALCA nicht nur den Handel mit Waren und Dienstleistungen unter den Ländern des gesamten Kontinents liberalisieren, sowie Ex- und Importe erleichtern, sondern vor allem die mächtige Stellung US-amerikanischer Konzerne durch Regeln zu Investitionen, öffentlichen Regierungsaufträgen, geistigem Eigentum usw. sichern<sup>1</sup>. Sie verstärkt und ver-

---

1 Insgesamt werden im ALCA-Prozess neun Themen verhandelt, nämlich Regeln der Marktöffnung und des Marktzugangs, Liberalisierung des Agrarhandelns, der Handel mit Dienstleistungen, Regeln über Subsidien, Antidumping-Maßnahmen und kompensatorische Rechte, Wettbewerbsregeln, Regeln der Streitschlichtungsverfahren, öffentliche Auftragsvergabe, Investitionen und schließlich Regelungen zum Geistigen Eigentums. ALCA wäre die größte Freihandelszone der Welt, mit einer Bevölkerung von 800 Millionen Menschen und einem BIP von 11,4 Billionen US\$ (vgl. Jakobsen/Martins 2002).

ankert die neoliberalen Regeln und Strukturen, sowie das Entwicklungsmodell, welches auf Freihandel, exportorientierter Agrarproduktion und auf dem Privatsektor als zentralem Entwicklungsmotor basiert. Dabei wäre ALCA ein Abkommen zwischen extrem ungleichen Partnern: Während auf die USA und Kanada zusammen ca. 80 Prozent des BIP der Hemisphäre entfielen, entspricht das BIP von Jamaika, Costa Rica, Honduras, El Salvador, Paraguay, Panama, Guatemala, Ecuador, Haiti und Nicaragua zusammen nur ca. einem Prozent des hemisphärischen BIP (vgl. Jakobsen/Martins 2002).

Darüber hinaus hat die ALCA einen wichtigen militärischen Bestandteil, der sich in der Etablierung militärischer Basen und Übungszonen in vielen Ländern äußert, nicht zufällig gerade in Regionen, die reich an natürlichen Ressourcen sind. Seit 2001 ist die Einsetzung militärischer Kräfte durch den Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus und des Drogenhandels auch explizit in die Verhandlungsdokumente aufgenommen worden. Politisch bedeutet die ALCA einen weiteren internationalen Disziplinierungsmechanismus: Die lateinamerikanischen „Demokratien“ sollen international überwacht, der Einfluss der USA ausgebaut, sowie die juristischen Abhängigkeiten konsolidiert werden. Diese Bindungen dienen der Disziplinierung der Wirtschaftspolitik lateinamerikanischer Länder, indem sie unerwartete Veränderungen in der Art der politischen Wirtschaftsführung, wie beispielsweise die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, verhindern, und die Einführung von Gesetzen und Institutionen nach US-amerikanischem Modell fördern, so dass multinationale Konzerne besseren Spielraum für Investitionen und Geschäftstätigkeiten haben (vgl. Guimarães 1999). ALCA ist die Zuspitzung der US-amerikanischen Politik für ihren „Hinterhof Lateinamerika“, und die internationale juristische Kristallisierung der Finanz- und Handelsordnung.

Sie ist dennoch in ihrer ursprünglichen Form bisher gescheitert. Auch die Versuche der US-amerikanischen und der brasilianischen Regierungen, bei dem Ministertreffen in Miami 2003 eine Art „2-Stufen-Modell“ bei den Verhandlungen einzuführen, um diese voranzubringen, ist aus unterschiedlichen Gründen auf Widerstand der anderen Staaten gestoßen<sup>2</sup>. Ist ALCA also tot?

---

2 Die brasilianische Regierung Lula entwickelte das Konzept einer *ALCA em dois trilhos*, was von den USA in Miami unterstützt wurde: In einer ersten Stufe würde die Substanz der Themen Marktzugang für (Konsum- und Agrar-) Güter sowie in begrenzter Form Dienstleistungen und Investitionen bilateral mit den USA verhandelt; in einer zweiten Stufe würde der ALCA-Prozess in einigen Bereichen auf Grundelemente konzentrieren. „Sensiblere“ Themen, welche die Verhandlungen bisher erschwerten, sollten WTO-Ebene verhandelt werden. Der gemeinsame Vorschlag Brasiliens und der USA stieß in Miami dennoch auf den Widerstand der Staaten, die weiterhin eine „breitere“ ALCA, wie sie am Anfang konzipiert wurde, anstrebten. Staaten, die schon eine Freihandelsvereinbarung mit den USA hatten (wie Chile, Mexiko, Kanada, aber auch Peru, Kolumbien, Costa Rica und andere, insgesamt 13 Länder), sahen ihren Vorteil an gemeinsamen Konzessionen und Marktöffnungspflichten aller 34 Länder, aber nicht an der flexiblen Version, die nur eine minimale Übereinstimmung vorsieht.

„In Trinidad und Tobago [Treffen der technischen Verhandlungsgruppen] starb ALCA in der Form, wie die USA es konzipiert hat. Fünf Monate später, in Buenos Aires [beim nächsten Treffen der Verhandlungsgruppen], starb ALCA in der von Brasilien vorgeschlagenen Version. Es gibt keinen Gott, der diesen Toten wiederbelebt...“ – so Rafael Gentili, aus dem *Laboratório de Políticas Públicas* in Buenos Aires (2004).

## 2. Warum ist ALCA in der Anfangsform gescheitert?

Die Auseinandersetzungen um den ALCA-Prozess offenbaren grundsätzliche gesellschaftliche Widersprüche, Klassenstrukturen, Kräfte- und Machtverhältnisse, welche einem peripheren kapitalistischen System inhärent sind. Regierungsentscheidungen werden nicht neutral, technisch oder aufgrund einer Bilanzierung verschiedener gesellschaftlicher Segmente getroffen, sondern repräsentieren oft bestimmte Klassen und Interessengruppen. Es ist daher falsch, in allen internationalen Verhandlungen von „dem“ Interesse Brasiliens, der Entwicklungsländer oder der USA zu sprechen. Um den ALCA-Prozess und die verschiedenen, teilweise widersprüchlichen Positionen der jeweiligen Regierungen nachzuvollziehen, ist es unerlässlich, die unterschiedlichen Interessen der Akteure wahrzunehmen, die sich sowohl in den offiziellen Gremien der ALCA als auch informell und in Form sozialer Mobilisierung an dem Prozess beteiligen.

Ein erster Grund, warum ALCA in ihrer ursprünglichen Form gescheitert ist, ist die aktive Rolle der sozialen Bewegungen, NGOs und Basisaktivitäten, welche die breite und länderübergreifende Mobilisierung und den Widerstand unter Benutzung getragen haben, wobei sie sich auch auf die Erfahrungen nord-amerikanischer Organisationen beim Widerstand gegen NAFTA stützen konnten. Bei dem ersten *Cumbre de los Pueblos* („Völkergipfel“) parallel zum Amerikagipfel in Santiago de Chile 1998 wurde die „Hemisphärische Sozialallianz“ (ASC-HSA) ins Leben gerufen, und der aktive Widerstand gegen ALCA zum vorrangigen Punkt im politischen Kampf vieler Gewerkschaften, sozialer Bewegungen und NGOs erklärt (vgl. Jakobsen/Martins 2002: 56). Dieses Netzwerk umfasst heute soziale Akteure aus allen an den ALCA-Verhandlungen beteiligten Ländern. Es hat den gesamten Verhandlungsprozess begleitet und seine antidemokratische und ausschließende Form, sowie dessen mögliche Auswirkungen auf die kulturelle Vielfalt und die vorhersehbare Vertiefung der Armut und der Ungleichheit kontinuierlich aufgezeigt. Es leistete eine Analyse des veröffentlichten Vertragsentwurfs und entwickelte systematische inhaltliche Gegenvorschläge. Durch die ab 2002 gestartete „Kontinentale Kampagne gegen ALCA“ wurden wichtige soziale Gruppen in den jeweiligen Ländern mit dem Ziel mobilisiert, Druck auf die Regierungen auszuüben, um die panamerikanische Freihandelszone zu verhindern. Eine Vielzahl von In-

formationen und Analysen, die die Auswirkungen der ALCA auf verschiedenen Ebenen und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anzeigten, wurden mit Hilfe elektronischer Newsletters, einer eigenen Website in vier Sprachen, didaktischem Material in gedruckter Form, gewerkschaftlichen Medien, öffentlichen Treffen und breiten Protestaktionen verbreitet. Im Zentrum dieser Kampagne stand die Durchführung von „Volksbefragungen“ über ALCA. In Brasilien konnten 2002 rund zehn Millionen WählerInnen mobilisiert werden. Zwar waren diese Befragungen juristisch nicht verbindlich, dennoch kann man von einem Erfolg der Plebiszite hinsichtlich der Aufklärung über das Thema innerhalb der Bevölkerung, sowie der Erhöhung des Drucks auf die Regierungen und Verhandlungsbeauftragten sprechen. Eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft war, ALCA als alltägliches Thema zu der Bevölkerung zu bringen, und den Zusammenhang zwischen globalen, nationalen und lokalen Politikentscheidungen verständlich darzustellen.

Ein weiterer Grund, warum die ALCA nicht zustande kam, ist die Auseinandersetzung innerhalb der lokalen lateinamerikanischen Eliten, und somit die Interessenfragmentierung der herrschenden Klassen. Dieser Aspekt ist insbesondere in den Ländern wichtig, die über ausdifferenzierte Wirtschaftssektoren verfügen und eine breite Exportpalette in die USA aufweisen. Zugang zum US-amerikanischen Markt ist das wichtigste Anliegen für Unternehmer im ALCA-Prozess. Wie üblich handeln sie pragmatisch und betrachten ALCA nicht als politisches Projekt, sondern als Geschäftsmöglichkeit um Handel und Export zu steigern. Es gibt dennoch unterschiedliche Positionen zwischen Industrie und landwirtschaftlichen Unternehmern. In Brasilien zum Beispiel gibt es Sektoren, die wettbewerbsfähig und für die ALCA vorbereitet sind, vor allem die Stahl- und Celluloseindustrie sowie land- und viehwirtschaftliche Exporteure. Diese Branchen könnten von einer Implementierung der ALCA profitieren, wenn die USA ihre tarifären und nichttarifären Handlungshemmnisse reduzieren würden. So fordert das brasilianische *Agrobusiness* die Regierung auf, sich für die Reduzierung der Subventionen sowie anderer handelsverzerrender Maßnahmen einzusetzen. Zudem spricht sich der Agrarexportsektor für ein „trade off“ zwischen besserem Marktzugang für Agrarprodukte und flexibleren Regeln in den Bereichen Investitionen, öffentliche Aufträge, Dienstleistungen und geistiges Eigentum aus. Für diesen Sektor verhält sich der Mercosur, obwohl er offensiv für die Öffnung des US-amerikanischen Markts eintritt, bei den Verhandlungen der entsprechenden „Regelungsbereiche“<sup>3</sup> zu defensiv. So

---

3 Gemeint ist die Verbesserung der Investitionsbedingungen für transnationale Unternehmen durch Gleichstellung mit Inländern bei allen Rechtsinstanzen sowie bei öffentlichen Aufträgen; die Möglichkeit eines Unternehmens bei Verletzung dieser Bedingungen gegen einen Staat zu klagen; Öffnung des Finanzmarktes und Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen; Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes nach den vier GATS-Moden der WTO, erweiterte Patentregeln nach dem Vorbild US-amerikanischen Regeln für geistiges Eigentum usw.

stimmen die Interessen des brasilianischen Agrobusiness mit den denen vieler US-amerikanischen Konzerne überein, welche auf die „Verbesserung“ der Investitionsregeln drängen und daher die US-Regierung zu einer teilweisen Reduzierung der tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse im Agrarbereich auffordern<sup>4</sup>.

Dem exportorientierten Agrarsektor stehen die einheimischen Industriesektoren gegenüber, die durch rasche Markteröffnung in den 90er Jahren unter starker ausländischer Konkurrenz, aber auch unter Deindustrialisierung und Entnationalisierung gelitten haben. In Brasilien gehen diese Sektoren aufgrund der technologischen Kluft zwischen der US-amerikanischen und der brasilianischen Industrie etwas vorsichtiger mit den möglichen Vorteilen von ALCA um. Sie fürchten zwar eine „Isolierung“ Brasiliens auf dem internationalen Markt und fordern eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriesektors mit der Implementierung staatlicher Strukturreformen, um den „Standort Brasilien“ für ALCA vorzubereiten. Gleichzeitig aber sprechen sich Vertreter von Sektoren wie Maschinenbau, Informatik und Elektroindustrie, die nicht als „ALCA-tauglich“ gelten, ausdrücklich gegen ein Abkommen mit den USA aus. Nach Aussage des Forschungsinstituts IEDI endet mit der Umsetzung einer ALCA die Möglichkeit, einen Technologiesektor in Brasilien weiterzuentwickeln. Die Freihandelszone würde den Spielraum für eigene Entscheidung reduzieren und die ungünstige internationale Arbeitsteilung noch weiter zementieren. Sektoren wie die Informatikbranche fürchten mit weiteren Reduzierungen von Fördermitteln und Schutzmechanismen zu verschwinden, da sie von der Konkurrenz aus den USA „geschluckt“ werden könnten. Das ALCA-Abkommen würde darauf hinauslaufen, eigenständige Entwicklungsprojekte aufzugeben .

Ein dritter Faktor, der den ALCA-Prozess in die Sackgasse brachte, war die Wahl (ursprünglich) links orientierter Parteien und Staatschefs in vielen Staaten Lateinamerikas. Diese neue „linke Welle“ in Lateinamerika, angefangen

---

4 Eine ähnliche Taktik dieses „trade off“ ist ebenfalls bei den Verhandlungen in der WTO sowie zwischen der EU und dem Mercosur zu beobachten. Es ist hierbei wichtig zu bedenken, dass die Forderung nach mehr Marktzugang für Agrarprodukte „aus dem Süden“ unmittelbar mit den Interessen der großen Agrarexporteure, und daher mit einer strukturellen Land- und Machtkonzentration, in Zusammenhang steht. Die positive Handelsbilanz, der durch vermehrten Export landwirtschaftlicher Güter erreicht wird, dient oft der Bezahlung der Außenschulden, um die „externe Verwundbarkeit“ der Länder zu reduzieren. In Brasilien z. B. besteht ein Zusammenhang zwischen der extremen Landkonzentration und der Expansion der exportorientierten Agrarwirtschaft. Heute kämpfen Landlose nicht nur gegen die Lati-fundien, sondern auch gegen das Agrobusinessmodell. Die Expansion dieses Bereiches knüpft folgerichtig an das herrschende Entwicklungsmodell und das Freihandelssystem an, das eine Spezialisierung der Produktion und der Exporte voraussetzt, die sog. Entwicklungs- und Schwellenländer als Agrarproduzenten fördern, und dabei eine internationale Arbeitsteilung mit erheblichen sozialen und umweltschädlichen Auswirkungen verursacht. Im Hintergrund dieser Problematik steht der soziale Kampf für eine sozial gerechte Landreform, der das Leben vieler Bauern und Bäuerinnen gekostet hat.

mit der Wahl von Hugo Chávez in Venezuela, über Luiz Ignácio „Lula“ da Silva in Brasilien, Néstor Kirchner in Argentinien, Tabaré Vázquez in Uruguay bis zum jüngsten Erfolg von Evo Morales in Bolivien, aber auch der Widerstand in Ecuador, Mexiko und anderen zentralamerikanischen Ländern, ist auf die Legitimationskrise des Neoliberalismus zurückzuführen. Die neuen Regierungen setzten in unterschiedlichem Grad auf Alternativen zur Abhängigkeit von den USA, und suchten, die Beziehungen innerhalb Süd- und Zentralamerika zu stärken, sowie Handels- und politische Beziehungen zu anderen sog. Entwicklungs- und Schwellenländern auszubauen. Insbesondere der „bolivarische“ Prozess in Venezuela zeigt einen klaren Weg aus der US-amerikanischen Hegemonie auf dem Kontinent heraus. Gleichwohl betreiben andere Regierungen eine paradoxe Politik. Brasilien spielte bei der WTO-Ministerkonferenz in Cancún 2003 die Rolle des „Verteidigers“ der Entwicklungsländer, des Ansprechpartners der NGOs und Kritikers der ungerechten Handelsregelungen. Zudem demaskierte es die „Heuchelei“ der Industriestaaten: Nach außen fordern sie die Liberalisierung des Handels und drängen zu der Öffnung der Bereiche, in denen sie wettbewerbsfähig sind; nach innen betreiben sie Protektionismus und schützen die Bereiche, wo die Entwicklungsländer einen komparativen Vorteil haben. Indem aber Brasilien die Widersprüche der Handelspolitik der Industrieländer aufzeigte, profilierte es sich gleichzeitig als Verfechter eines „echten“ freien Handelns. Das Land reproduzierte die Freihandelsrhetorik für die eigenen Interessen und forderte so mehr Freihandel für „den Süden“, anstatt die Widersprüche der Freihandelsdoktrin und die negativen Auswirkungen des exportorientierten Entwicklungsmodells zu bekämpfen. Die Lula-Regierung vertrat somit nicht nur den hegemonialen Freihandelsdiskurs der zentralen Mächte, sondern auch den des brasilianischen Agrobusiness, die an einem exportorientiertem Entwicklungsmodell interessiert sind.

Doch führten nicht nur die Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der lateinamerikanischen Länder zur Verlangsamung des ALCA-Prozesses. Auch die internen Widersprüche zwischen Interessengruppen und Sektoren der US-amerikanischen Gesellschaft spielen eine wichtige Rolle. Trotz des sog. Trade Promotion Authority ist die US-Regierung nicht frei von jeglichem internen Druck. US-amerikanische Gewerkschaften litten stark unter dem Verlust und der Prekarisierung der Arbeitsplätze seit dem NAFTA-Abkommen. Die Bush-Administration hatte große Schwierigkeiten das Freihandelsabkommen mit Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (das CAFTA-DR Abkommen) im Juli 2005 durch den Kongress zu bekommen. Für die US-amerikanische Industrie ist die Marktöffnung für Gewerbe- und Industriegüter irrelevant, da die lateinamerikanischen Industrien mit den US-amerikanischen nur schlecht konkurrieren können. Bei dieser Öffnung geht es vielmehr darum, dass multinationale Konzerne in den lateinamerikanischen Ländern so genannte *Maquilas* für halbfertige Produkte installieren und zollfrei in die

USA ausführen können. Anders ist es bei Agrarprodukten und Rohstoffen aus Lateinamerika, die mit der US-Produktion unmittelbar konkurrieren. Das Angebot der USA im Rahmen der ALCA lässt Produktions- und Exportsubventionen sowie Dumpingmaßnahmen unangetastet. So schützt die US-Regierung weiterhin ihre Agrarproduzenten. Innerhalb der ALCA stellt jedoch für US-amerikanische Konzerne die Schaffung besserer Regeln für Investitionen, öffentliche Aufträge, Dienstleistungen und geistiges Eigentum zu ihren Gunsten den wichtigsten Verhandlungsgegenstand dar. Die lateinamerikanischen Dienstleistungs-, Waren- und Finanzmärkte sollen für sie geöffnet werden, ohne dass die jeweiligen Staaten noch eingreifen können. Ein Beispiel hierfür ist Kapitel XI des NAFTA-Abkommens, nach dem ein Konzern einen Staat aufgrund staatlicher Maßnahmen (etwa zum Schutz der lokalen Umwelt) verklagen kann. Aus diesem Grund fordert die US-amerikanische Regierung als Gegenleistung für die Öffnung ihres Marktes Konzessionen in den Regelungsbereichen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass die USA unter Bush jun. in eine außenpolitische Legitimationskrise geraten ist. Die Ablehnung von Bush hat in Lateinamerika hohe Werte erreicht<sup>5</sup>. Innerhalb der USA selbst wird die Zustimmung zur Regierung durch die Misserfolge und Verluste des Angriffskrieges gegen den Irak immer fragiler. Der Widerstand gegen den US-Imperialismus ist länder- und kontinentübergreifend. So wird die Fähigkeit der USA, Handels-, geopolitische und militärische Ziele hinter „guten Absichten“ zu verstecken, wie es in der Deklaration von Mar del Plata versucht wurde, immer schwächer.

### 3. Der Amerikagipfel in Mar del Plata: Die Positionen werden klarer

Alle dieser internen und externen Widersprüche des ALCA-Prozesses konnten bis November 2005, dem Zeitpunkt des vierten Amerikagipfels in Mar del Plata, Argentinien nicht überwunden werden. Folglich hat dieser Gipfel den Prozess nicht vorangebracht, vielmehr traten nun die Divergenzen und der Mangel an Konsens zwischen den Ländern bzw. Blöcken deutlich zu Tage. Das Thema ALCA versteckte sich hinter vielen Worten zu Förderung von Arbeit, Demokratie, Wirtschaftswachstum und der Bekämpfung von Armut. Die Abschlusserklärung zeigte zwei Positionen der Beteiligten: Die erste besagt, dass die Wirtschaftsintegration und die Liberalisierung des Handels Voraussetzungen für die Bekämpfung der Armut und der Stärkung der Demokratie sei. Der Kompromiss um die Etablierung eines ausbalancierten ALCA-Abkommens – gerichtet auf den Ausbau der Handelsströme, den Abbau von Subventionen und unter Beachtung der verschiedenen Entwicklungsniveaus und mit einer

---

5 Eine Umfrage der BBC London zeigte Ende 2004 79% Ablehnung gegenüber George W. Bush in der argentinischen Gesellschaft (vgl. Argumedo 2005).

besonderen Behandlung kleinerer Ökonomien – sei gewahrt. Die Beteiligten verpflichteten sich ab 2006 zu regelmäßigen Treffen und versuchen die Schwierigkeiten des Prozesses zu überwinden. Diese von der USA und ihren Verbündeten formulierte Position folgt dem Ziel, die ALCA-Verhandlungen voranzubringen. Sie unterscheidet sich kaum von den Deklarationen der letzten Staats- und Regierungsgipfel. Die zweite, neue Position besagt, dass die Voraussetzungen für ein ausbalanciertes Abkommen mit effektivem Marktzugang und frei von Subventionen und verzerrenden Praktiken, das die verschiedenen „Sensibilitäten“ der Partner tatsächlich berücksichtigt, noch nicht gegeben seien (vgl. Declaración de Mar del Plata). Die Einfügung dieser zweiten Position ist eine klare Auswirkung der Haltung Venezuelas in Zusammenarbeit mit den Mercosur-Ländern, insbesondere Argentinien. Sie ist ein Resultat der neuen außenpolitischen Positionierung dieser Länder durch linksorientierte Regierungen. Obwohl der fehlende Konsens zwischen diesen Ländergruppen eindeutig war, sieht das Dokument trotzdem vor, dass die Verhandlungen weitergehen sollen: Die technischen Verhandlungsgruppen sollen sich entsprechend dem „Zwei-Stufen-Modell“ ab der ersten Jahreshälfte 2006 weiter treffen. Zudem macht die Erklärung weitere Vereinbarungen von den Ergebnissen des WTO-Ministertreffens in Hong Kong abhängig. Was auf regionaler oder bilateraler Ebene nicht durchgesetzt wird, wird auf die multilaterale verschoben und umgekehrt. Auf der „Autobahn des Freihandels“ (Fuchs/Schilder 2004) versucht man, die Spuren zu wechseln, um das Ziel der maximalen Liberalisierungsvorteile zu erreichen.

Darüber hinaus betonten Verbündete der USA wie Mexiko dass ein Handelsabkommen auch ohne Venezuela und den Mercosur zustande kommen könnte. In der Tat sind die bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und zentralamerikanischen, karibischen und Andenstaaten bereits abgeschlossen oder werden weitergeführt. ALCA wird also in einer anderen Form umgesetzt, ohne dass die Mobilisierung und der soziale Widerstand das Abkommen endgültig stoppen könnte.

Dies ist den sozialen Bewegungen, Netzwerken und Gewerkschaften gegen ALCA bewusst. Die Zerteilung von ALCA in viele bilaterale Abkommen forciert gleichzeitig eine Fragmentierung des kontinentalen Kampfes. Wie geht man damit um und wie kann man den Kampf gegen ALCA gegenüber den neuen Herausforderungen neu gestalten? Die sozialen Akteure sammelten sich bei dem dritten *Cumbre de los Pueblos*, parallel zum offiziellen Gipfel, um darüber zu diskutieren. Der Gegengipfel zielte zudem auf die Sichtbarkeit der kollektiven Ablehnung gegen die Präsenz von Bush auf dem lateinamerikanischen Territorium, was auch durch die Großdemonstration mit Teilnahme berühmter Musikgruppen, Schauspielern, dem Fußballstar Maradona sowie linken Staatschefs wie Hugo Chávez und (damals noch Präsidentschaftskandidat) Evo Morales erreicht wurde. Es konnte in dieser Versammlung abermals fest-



gestellt werden, dass sich in Lateinamerika heute einige der breitesten und organisiertesten Widerstandskräfte gegen den US-Imperialismus befinden. Es gibt eine große Heterogenität zwischen den Bewegungen und Netzwerken, die diesen Kampf aber nicht schwächer, sondern stärker machen. Eine neue Form des Kampfes gegen ALCA, die vor einigen Jahren noch nicht vorhanden war, ist die Öffnung von neuen Handlungsräumen durch die Zusammenarbeit von sozialen Akteuren mit linksorientierten Regierungen, welche in unterschiedlichem Maße die sozialen Forderungen in konkrete Politikmaßnahmen umsetzen (vgl. Rebrip 2005). Alternativmodelle gegen und über den Neoliberalismus hinaus könnten durch eine neue Beziehung zwischen Regierung und Bewegung (oder Staat und Gesellschaft) aufgebaut werden.

#### 4. ALBA und die Alternativen:

##### Erdöl – Infrastruktur – Bildung – Gesundheit

Seitdem das ALCA-Verhandlungsdokument öffentlich gemacht wurde, entwickelte das Netzwerk ASC-HSA zu jeder Klausel Gegenvorschläge, die in dem Dokument „Alternativen für die Amerikas“ 2002 zusammengefasst wurde. Dieses Dokument war sehr hilfreich für die internen Debatten, und öffentlichkeitswirksam für den Versuch, angebliche Sachzwänge zu brechen und den Dialog über Alternativen zu öffnen. Er wurde dennoch nicht in konkrete Regierungspolitik umgesetzt und blieb folglich wenig kraftvoll.

Anders entwickelte sich bisher der durch die venezolanische Regierung angestoßene Vorschlag zur *Alternativa Bolivariana para América Latina y Caribe* (ALBA). Sie basiert auf der Schaffung von Kooperationsmechanismen, welche einen Ausgleich der existierenden Asymmetrien erlauben sollen. Die Integration zwischen den Ländern soll einen solidarischen Austausch fördern. Kompensationsfonds oder strukturelle Konvergenzfonds sollen gebildet werden, um aktiv die asymmetrischen Entwicklungsniveaus zwischen den Ländern zu reduzieren. Folglich möchte man die Definition von „kleinen Ökonomien“ durch die Identifizierung sozialer und ökonomischer Variablen (Bevölkerung, Territorium, globale Produktion, Ressourcen, industrielles Entwicklungsniveau, durchschnittliche und variierende Prokopfeinkommen, Armutsniveau etc.) konkretisieren. Die Sonderbehandlung schwächerer Ökonomien soll sich nicht nur auf Staaten insgesamt, sondern auch auf einzelne Regionen oder Sektoren innerhalb eines Landes richten (vgl. Correa 2005).

Der Vorschlag zu ALBA gibt der lateinamerikanischen Integration und den subregionalen Blöcken Priorität. Es sollen gemeinsame Interessen identifiziert werden, welche strategische Allianzen schaffen und gemeinsame Positionen bei internationalen Verhandlungen erlauben. Das Ziel ist, Konsens zu bilden und Integrationsabkommen aus der Perspektive der endogenen nationalen und regionalen Entwicklung neu zu denken.

ALBA folgt einer Reihe von Prinzipien, welche der Logik von ALCA and des aktuellen Freihandelssystems entgegenstehen – wie die Reduzierung der Subventionen in den Industriestaaten bei gleichzeitigem Schutz der Bauern und der Agrarproduktion sowie der Nahrungssicherheit in den ärmeren Ländern; souveräne und aktive staatliche Wirtschaftspolitik; Technologietransfer und wechselseitige technische Hilfe; Hoheit des öffentlichen Interesses und kein Klagerecht ausländischer Investoren gegen staatliche Regeln; Priorität nationaler Firmen im Sinne der Bewahrung nationaler Produktionsstrukturen; Schutz indigenen Wissens und das Recht der Staates nationaler Firmen die Generikaproduktion zu erlauben u.a. Laut Valencia (2005) bedeutet ALBA die Rückkehr zur lateinamerikanischen Identität. ALBA soll als ein Weg verstanden werden, der sich aufbaut während man ihn beschreitet. Er ist eine Sammlung diverser Projekte auf nationaler Ebene, und beinhaltet insbesondere die Erfahrungen des „bolivarischen“ Prozesses in Venezuela, sowie alternative Integrationsprojekte.

Konkret entstand ALBA seit dem Kooperationsabkommen zwischen Venezuela und Kuba: Im Dezember 2004 vereinbarten beide Staaten in Havanna das erste Integrationsabkommen, das sich mit dem Strategieplan von Juni 2005 noch weiter konkretisierte. Das Abkommen etablierte einen kompensatorischen Handelsaustausch, wechselseitige Investitionen unter gleichen Bedingungen und ein wechselseitiges Kreditabkommen zwischen staatlichen Finanzinstitutionen. Alle tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse für Importe zwischen beiden Ländern wurden eliminiert, Schiffen und Fluglinien durch beide Seite die gleiche Behandlung wie den nationalen Unternehmen zugesichert, und staatliche Investitionen in dem anderen Land gegenseitig steuerlich befreit.

Kuba verpflichtete sich zum Kauf von venezolanischem Erdöl zum Marktpreis, wobei es Venezuela aber einen Preis von mindestens 27 US-Dollar pro Barrel garantiert, falls der Marktpreis drastisch fallen sollte. Im Bildungsbereich bietet Kuba 2.000 Stipendien für venezolanische Jugendliche in kubanischen Hochschulinstitutionen an, und weitete die Kooperation und den Austausch auch auf die Ausbildung der Dozenten aus. Im Gesundheitsbereich stellt Kuba 15.000 Fachkräfte für die „Misión Barrio Adentro“ bereit, welche die venezolanischen Gesundheitskräfte technisch unterstützen und weiterbilden soll. Außerdem wird Studenten der „Misión Sucre“ ein Weiterbildungsplatz an kubanischen Medizinfakultäten angeboten<sup>6</sup>. Der Austausch von Gesundheits- und Bildungsfachkräften im Rahmen der „Misiones“ hat sich seitdem intensiviert, und medizinische Dienstleistungen wie Diagnostik, Rehabilitation und Augen Chirurgie können jetzt in höherem Umfang angeboten werden. Über 7.000 Kranke aus Venezuela wurden 2004 in Kuba behandelt (siehe *Declaración final de la primera reunión Venezuela-Cub*).

---

6 Die sog. „Misiones“ sind Sozialprogramme der venezolanischen Regierung in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung in den ärmeren Vierteln („barrios“).

Venezuela verpflichtete sich im Gegenzug zum Technologietransfer im Energiebereich und bot ebenfalls Hochschulstipendien für kubanische Studenten in diesem Bereich an. Es stellte Kredite zur Finanzierung der Produktions- und Infrastrukturprojekte zur Verfügung und bot außerdem die Nutzung venezolanischer Infrastrukturen für den Luft- und Seetransport an. Das Land möchte mit Kuba in der Biodiversitätsforschung kooperieren und Telekommunikationsprojekte, inklusive Satellitenbau, entwickeln. Ein Büro der venezolanischen Erdölfirma PDVSA wurde in Havanna mit dem Ziel eröffnet, Erdölforschung, -transport und -lagerung zu leisten. Eine Reihe von Projekten zur endogenen Entwicklung, sowie Projekte zur Etablierung gemischter Firmen aus beiden Ländern sind in Gang gesetzt worden (vgl. *Estado de São Paulo*, 29. April 05). Zentral in der Frage strategischer Allianzen in Südamerika ist Erdöl und Gas. Ein weiterer Schritt in Richtung ALBA ist die Gründung von *Petrocaribe* durch Venezuela und die Karibikstaaten im Juni 2005 gewesen. *Petrocaribe* soll als supranationales Organ die Energiepolitik zwischen diesen Ländern koordinieren und die effiziente Nutzung von Erdöl, Gas und Elektrizität, sowie die technologische Kooperation, infrastrukturelle Entwicklung, Ausbildung, aber auch die Nutzung von alternativen Energiequellen wie Solar- und Windenergie verbessern. Dazu sollen Programme, Technologie und Kredite für die Einsparung von Energie entwickelt und ausgetauscht werden. Dafür wurde ein „Wirtschaftlicher und Sozialer Entwicklungsfonds ALBA-Karibik“ gebildet. Soziale und Wirtschaftsprogramme sollen durch Mittel aus Erdölgewinnen und aus dem direkten Handelsaustausch finanziert werden. Venezuela zahlte als Anfangskapital 50 Millionen US-Dollar ein, darüber hinaus wird es mit den weniger entwickelten karibischen Staaten über Erdölquoten bilateral verhandeln (vgl. *Acuerdo de cooperación energética*)<sup>7</sup>.

In Richtung ALBA sind zwischen Venezuela und Brasilien, Argentinien sowie Uruguay auch andere bilaterale Abkommen in strategischen Sektoren geschlossen worden. Sie fördern meistens die Kooperation zwischen staatlichen Firmen bei Infrastruktur- und Energieprojekten, aber auch in den Bereichen Gesundheit, Tourismus und Telekommunikation. 2005 wurde der zwischenstaatliche lateinamerikanische Fernsehsender *Telesur* gestartet. Im Sinne der „Rückkehr zur lateinamerikanischen Identität“ will *Telesur* ausdrücklich Konkurrenz zu US-amerikanischen, europäischen und nationalen Privatsendern machen. Er soll mittels unabhängigen audiovisuellen Produktionen einen alternativen Raum öffnen, sowie Mediengenossenschaften und Mikrofirmen fördern. Vor allem soll der Sender den Lateinamerikanern ihre eigene Realität zeigen und konsequent alternative Nachrichten anbieten.

---

7 Weitere Projekte im Sinne der Erdölintegration werden als Absichtserklärung zwischen süd- und lateinamerikanischen Ländern verabschiedet, wie *Petrosur* (Absichtserklärung Iguazu 2004) und *Petroamérica* (Absichtserklärung von Trinidad and Tobago 2003).

Auch der Beitritt Venezuelas in den Mercosur im Dezember 2005 verstärkte die „Achse“ der mehr oder weniger linksorientierten Regierungen in diesem Block. Damit verlässt Venezuela praktisch den Andenpakt und entfernt sich von einem möglichen Freihandelsabkommen mit dem USA. Die Wahl von Evo Morales in Bolivien erweckt ebenfalls große Hoffnungen auf eine Annäherung an den Südblock. Der Mercosur gewinnt seinerseits einen erdölreichen linkspolitischen Partner, der seine gemeinsame Position in den ALCA-Verhandlungen stärkt, und Paraguay noch weiter ideologisch isoliert<sup>8</sup>.

Die sog. „physische“ südamerikanische Integration konkretisiert sich bisher am deutlichsten bei dem Projekt *Integração de Infraestrutura Regional da América do Sul* (IIRSA). Das IIRSA beinhaltet 22 Infrastrukturprojekte in zwölf südamerikanischen Ländern, und wurde schon bei dem ersten Südamerikagipfel 2000 in Brasília beschlossenen. Es sind Eisenbahn-, Autobahn- und Wasserstrecken, Erdöl- und Gasleitungen, Häfen, Fabriken und Wasserkraftwerkprojekte, die in verschiedenen zwischenstaatlichen bzw. regionalen Achsen organisiert sind, und von einer Zusammensetzung von Fonds aus den nationalen und regionalen Entwicklungsbanken BNDES, BID, CAF und FONPLATA finanziert werden (vgl. IIRSA). Aus der politischen Perspektive im Sinne einer endogenen südamerikanischen Entwicklung und Verstärkung regionaler Strukturen wird IIRSA zu den gegen-hegemonialen ALBA-Projekten gezählt. Doch ist das Vorhaben aus der Umweltperspektive nicht unumstritten. Umweltorganisationen aus ganz Amerika kritisieren es heftig und fordern, dass sozioökonomische und Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt werden sollten. Doch die Umweltministerien beteiligen sich wenig bei den technischen Umsetzungsgruppen, noch seltener werden zivilgesellschaftliche Organisationen konsultiert.

Das Beispiel IIRSA zeigt, dass die lateinamerikanischen Integrationsprojekte als Alternative zur ALCA auch nicht frei von Widersprüchen sind. Die „Wände“ und der „Boden“ für (Handlungs)Räume aus der Konvergenz zwischen linksorientierten Regierungen und sozialen Kräften gegen ALCA sind bereits aufgebaut worden, doch Räume dieses neuen „Hauses“ müssen noch mit Inhalt gefüllt werden. ALBA und alle Versuche, solidarische Gegenmodelle zur ALCA zu entwickeln, werden von sozialen Bewegungen und linken Akteuren gegen die ALCA breit unterstützt, doch sind andere reine Regierungsprojekte ohne Beteiligung sozialer Organisationen, was die Partizipation und demokratische Kontrolle großer Energie- und Infrastrukturprojekte erschwert. In Brasilien mobilisieren Regierungsinstanzen die sozialen Bewegungen, um den Rücken bei härteren internationalen Verhandlungen gestärkt zu bekommen;

---

8 Die USA und Paraguay schlossen bereits Vereinbarungen über US-amerikanische militärische Übungen ab. Die paraguayische Regierung räumte ein, mit den USA ein bilaterales Freihandelsabkommen schließen zu wollen, was praktisch den Austritt aus dem Mercosur darstellen würde (vgl. *Folha de São Paulo*, 16 September 05).

wenn die Mobilisierung aber „zu laut“ wird, will man die Lautstärke am liebsten mit einem Schalter herunter drehen<sup>9</sup>.

## 6. Fazit

Die Variable „Umwelt“ stellt viele Regierungsmaßnahmen und Alternativmodelle wieder auf den Kopf. ALBA und die regionale strategische Integration stellen ohne Zweifel ein Gegenmodell zu US-amerikanischer Hegemonie in Lateinamerika dar. Parallel zum zerstörerischen Rennen ums irakische Öl werden in Lateinamerika Alternativmodelle entwickelt, welche zur energetischen Autonomie führen könnten, und somit einen ökonomischen Sprung aus dem „Hinterhof“ nicht nur auf der ideologischen Ebene, sondern auch in der Praxis bedeuten würden. Sind dies jedoch echte linkspolitische Alternativen, welche ein auf fossilen Energieträgern basierendes Konzept der Entwicklung überwinden, und den Weg zu einer echten sozialen aber auch nachhaltigen Transformation zeigen? Viel Arbeit muss noch in dieser Richtung geleistet werden, insbesondere ein Umdenken im Sinne nachhaltiger erneuerbarer Energien, sowie im Bereich einer breiteren, vertieften Partizipation der involvierten Sektoren und lokal betroffener Bevölkerungsgruppen. Ein Anfang ist aber schon gemacht.

## Literaturverzeichnis

- Acuerdo de Cooperación Energetica PETROCARIBE*, Juni 2005, in [www.alternativabolivariana.org](http://www.alternativabolivariana.org)
- Acuerdo entre el Presidente de la Republica Bolivariana de Venezuela y el Presidente del Consejo de Estado de Cuba para la aplicación de la Alternativa Bolivariana para las Américas*, Dezember 2004, in [www.alternativabolivariana.org](http://www.alternativabolivariana.org)
- Argumedo, Alcira (2005): *Partidos de izquierda en el gobierno. El ejemplo de Argentina*. Vortrag im Seminar der Rosa Luxemburg Stiftung "Partidos de izquierda na América Latina", 31 Oktober bis 2 November 05, São Paulo.
- Arrighi, Giovanni (1993): *The Three Hegemonies of Historical Capitalism*, in: Gill, Stephen (ed.) *Gramsci, historical materialism and international relations*. Cambridge University Press, S. 148-185.
- Borges, Altamiro (2005): *ALCA: Moribunda mas não mortal*, in: *Brasil de Fato*, 14-20 Juli 2005, S.14.
- Contra ALCA, a ALBA de Chávez e Fidel, in: *Estado de Sao Paulo*, 29 April 05, A12.
- Construyendo el ALBA desde los Pueblos: una propuesta de unidad para los pueblos de Nuestra America*, in [www.alternativabolivariana.org](http://www.alternativabolivariana.org)
- Correa, Rafael (Hrsg.) (2005): *Construyendo el ALBA. Nuestro norte es el Sur*, in [www.alternativabolivariana.org](http://www.alternativabolivariana.org)
- Declaración de Mar del Plata. Cuarta Cumbre de las Americas*, November 2005, in [www.cumbredelospueblos.org](http://www.cumbredelospueblos.org)
- Declaración Final de la III Cumbre de los Pueblos*, November 2005, in [www.cumbredelospueblos.org](http://www.cumbredelospueblos.org)
- Declaración final de la primera reunión Cuba-Venezuela para la aplicación de la Alternativa*

---

9 Ein Aktivist einer brasilianischen NGO erzählt, dass die Lula-Regierung zwar über mögliche umweltschädliche Auswirkungen von Wasserstromwerke zuhört. Eine entschiedene Kritik, dass der Bau dieser Werke in der Tat der Maismonokultur eines Latifundiums und nicht der ländlichen Bevölkerung zu gute kommt, führt jedoch zum Abbrechen des Dialoges. Das exportorientierte Entwicklungsmodell in Frage zu stellen, ist demnach nicht möglich.

- Bolivariana para las Américas*, April 2005, in [www.alternativabolivariana.org](http://www.alternativabolivariana.org)
- Fuchs, Peter; Schilder, Klaus (2004): Watch out beyond the WTO: The EU's aggressive multi-level trade agenda, in: The Seattle to Brussels Network (ed.): *From Cancún to Hong Kong, Challenging corporate led trade liberalisation*.
- Gentili, Rafael (2004): *Análises de conjuntura ALCA e Mercosul*. Laboratório de Políticas Públicas Nº VI, in [www.outrobrasil.net](http://www.outrobrasil.net).
- Guimarães, Samuel Pinheiro (1999): *Quinhentos Anos de Periferia*. Editora da Universidade, Contraponto. Porto Alegre, Rio de Janeiro.
- IIRSA. Información específica*, in [www.iirsa.org](http://www.iirsa.org)
- Jakobsen, Kjeld/Martins, Renato (2002): *ALCA. Quem ganha e quem perde com o livre comércio nas Américas*. Fundação Perseu Abramo, São Paulo.
- Paraguay quer acordo com EUA sem Mercosul, in: *Folha de Sao Paulo*, 16 September 2005, A17.
- Rebrip (Hrsg.) (2005): *Boletim Mercosul, ALCA e OMC*. Okt/Nov 2005, Nr. 6
- Valencia, Judith (2005): *El ALBA dibuja un amplio trecho por andar*. Unveröffentlichtes Manuskript.

## Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Olaf Kaltmeier/Jens Kastner/Elisabeth Tuiider (Hrsg.)



## Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand

Soziale Bewegungen  
in Lateinamerika

2004 – 278 S. – € 24,80 – SFR 43,50  
ISBN 3-89691-578-9

[www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de)

